

Mittwoch (Nachmittag), 9. September 2020 / Mercredi après-midi, 9 septembre 2020

Direktion für Inneres und Justiz / Direction de l'intérieur et de la justice

**78 2019.RRGR.360 Motion 289-2019 Bachmann (Nidau, SP)
Registrierung von Vermietern**

**78 2019.RRGR.360 Motion 289-2019 Bachmann (Nidau, PS)
Enregistrement des propriétaires qui louent leur bien**

Präsident. Damit kommen wir zu unserem letzten Geschäft auf unserer Sitzungsordnung, Traktandum 78, einer Motion von Christian Bachmann, «Registrierung von Vermietern». Die Regierung empfiehlt Annahme als Postulat. Der Motionär ist mit der Postulatsform einverstanden. Ist das Postulat bestritten? – Ja, es ist bestritten. Dann bitte ich den Motionär ans Rednerpult. Christian Bachmann, Sie haben das Wort.

Christian Bachmann, Nidau (SP). Das letzte Geschäft ist immer etwas undankbar, weil alle nach Hause wollen. Ich habe gehofft, dass Sie mit dem Postulat einverstanden sind. Dem ist nicht so, deshalb nun eben eine kleine Verlängerung.

Jede Gemeinde hat die Wohnungen registriert, und den angemeldeten Einwohnern kann man einen Wohnort zuordnen. So weit, so gut. Daten für temporäre Vermietungen fehlen. Ich vermiete mein früheres Büro in meinem Haus. Ich habe mich bei der Gemeinde erkundigt, was ich machen oder unternehmen müsse. Man wusste nichts, auch der Regierungsratshalter nicht. Also vermiete ich diesen Raum nun einfach. Die Einnahmen versteuere ich zwar. Die Kurtaxe zahlen meine Gäste aber nicht, im Gegensatz zu den Hotelgästen in der Region. In der Antwort wird auf das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) verwiesen. In diesem Register ist jedes Gebäude genau beschrieben. Es ist aufgeführt, wie es gebaut wurde, wann es gebaut wurde, wie es saniert wurde, der Standort, die Nummer und so weiter. In der Einführung zu diesem GWR steht dann aber klar: «Die Angaben zu den Eigentümern, Bewohnern, Mietzinsen und dergleichen sind im GWR jedoch nicht enthalten.» Solche Angaben sind für viele Gemeinden nicht sehr wichtig, einfach weil es keine problematischen Vermietungen gibt. Deshalb enthält die Motion auch nur die Forderung, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die den Gemeinden erlauben, solche Daten zu erheben.

Dort, wo Untervermietungen jetzt stark aufgekommen sind, dort, wo Wohnraum für Dauermieter entzogen wird, dort, wo Kurzzeitvermietungen das Hotelgewerbe stark konkurrenzieren, wo die Anwohner durch Lärm und Umtriebe gestört werden, wo es von den Abgaben her interessant für die Gemeinden wird, wäre es nötig, mehr Angaben über diese Vermietungen zu erhalten. Aber es gibt bisher keine rechtlichen Bestimmungen, die das erlauben. Solche Vermietungen fallen vielfach auch durch die Maschen des Bundesgesetzes über Zweitwohnungen (Zweitwohnungsgesetz, ZWG). Ich bin froh, wenn die Regierung dieses Anliegen als Postulat entgegennehmen will. Ich bin etwas erstaunt, dass es bestritten ist, und warte jetzt auf die Begründung. Danke fürs Zuhören.

Präsident. Ich gebe das Wort als erster Fraktionssprecherin Sandra Hess von der FDP.

Sandra Hess, Nidau (FDP). Warum haben wir das Postulat bestritten? Wir hätten bei der Abstimmung einfach Nein stimmen können. Aber ich glaube, wir haben hier eingehend diskutiert, dass man das nicht macht, wenn man nicht einverstanden ist. Ich kann es eigentlich kurz machen: Die Motion, oder jetzt das Postulat stellt zumindest die Frage, wie mit den neuen Vermietungsplattformen wie Airbnb, Homesharing oder Businesswohnungen umgegangen wird und was passiert, wenn diese dem Wohnungsmarkt entzogen werden, und was das letztendlich auch für Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt oder auf die Mieten hat. Das Postulat will ein neues Register, damit auch die neueren Formen von Wohnungsvermietung registriert werden können und man eruieren kann, ob es überhaupt ein Problem gibt und ob es eben allenfalls Massnahmen braucht. Wir streiten nicht ab, dass die neue Form von Unterkunftsangeboten gerade in Tourismusgebieten Auswirkungen auf die Gemeinden hat. Wir sind aber der Meinung, dass es vor allem an den Gemeinden ist, allfällige

Massnahmen zu ergreifen. Wenn der Gesetzgeber ins Spiel kommt, dann können diese Massnahmen ja immer nur in eine Richtung gehen: In Richtung neuer Vorschriften, neuer Reglemente, neuer Kontrollmechanismen. Es führt zu immer mehr Bürokratie und am Schluss fast immer auch zu neuen Gebühren. In unserem Land gilt der Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit. Das führt zu einem dynamischen und innovativen Angebot an Dienstleistungen und Produkten. Es führt manchmal auch zu neuen Herausforderungen, und postwendend kommt dann immer der Ruf nach staatlicher Regulierung. Diesem Ruf folgen wir nicht. Wir lehnen diesen Vorstoss auch als Postulat ab.

Beat Bösigger, Niederbipp (SVP). Der Regierungsrat soll beauftragt werden, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, also ein neues Gesetz zu erarbeiten, um die Registrierung aller Wohnraumvermieter bei der Einwohnergemeinde zu erlauben. Wie der Antwort des Regierungsrates zu entnehmen ist, besteht mit dem ZWG bereits heute ein Instrument, welches die Schweizer Gemeinden dazu verpflichtet, jährlich ein Wohnungsinventar zu erstellen. Im GWR, welches die Grundlage dazu bildet, sollen bis Ende 2020 alle Gebäude eingetragen sein. Zur Kurtaxe: Die Kurtaxe ist eine fakultative Gemeindesteuer. Die Gemeinden können somit selbst entscheiden, ob sie diese Steuer erheben wollen oder nicht. Der Aufbau eines zusätzlichen Registers ist mit hohen administrativen Aufwendungen verbunden und bringt keinen zusätzlichen Nutzen. Die SVP ist gegen neue Gesetze und die Aufblähung der Administration. Sie lehnt somit diesen Vorstoss einstimmig ab, auch als Postulat.

Präsident. Für die Fraktion SP-JUSO-PSA Grossrätin Meret Schindler.

Meret Schindler, Bern (SP). Gemäss der Regierungsantwort geht es jetzt eben nicht mehr darum, ein neues Register zu führen, sondern das bereits bestehende und sich in der Finalisierung befindende Register mit weiteren Informationen zu ergänzen. Es geht auch nicht darum, dass man alles verstaatlicht und verkompliziert. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, dass wir in der Stadt etwas weniger Platz zum Wohnen haben. Das hat auch damit zu tun, dass bei uns einfach alle Wohnungen vergeben sind. Es ist schwieriger, in den Zentren Wohnraum zu haben. Deshalb ist es durchaus interessant für die Gemeinden zu wissen, wer welche Wohnungen hat und wozu sie verwendet werden. Das heisst nicht, dass man sie verbieten will oder dass man sagt, man müsse für alles eine Sondersteuer einführen oder nicht. Aber als Gemeinde zu wissen, ob man überhaupt Wohnraum hat oder nicht, ist wichtig, und auch, wozu dieser verwendet wird. Ich verstehe nicht, weshalb die FDP und die SVP nicht einmal das Postulat unterstützen wollen, wenn die Regierung sogar dabei ist, es zu erstellen. Es würden einfach nur ergänzend weitere Zahlen geliefert.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Die EVP will keinen Papiertiger. Wir wollen keine neuen Register, keine neuen Grundlagenarbeiten, um diesem Problem der neuen Arten von Wohnungsvermietungen nachzugehen. Uns hat die Antwort der Regierung aber überzeugt, dass man das Problem mit den bestehenden Registern angehen will. Das ist für uns der Grund, dass wir einem Postulat zustimmen würden. Denn gerade wer etwa die Situation im Raum Interlaken, aber auch im grösseren Umkreis bis runter nach Faulensee und Krattigen, kennt, der weiss, dass sich da effektiv etwas verändert. Vielleicht hat der Eine oder die Andere kürzlich ein Inserat gesehen, aufgrund dessen man annehmen konnte, dass die Schweiz demnächst zubetoniert wird. Interessant ist, dass gerade die Ausdehnung des Wohnraums pro Kopf der Schweizer den viel grösseren Einfluss hat als die Zuwanderung, die wir von aussen haben.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Attraktiver Wohnraum soll als Wohnraum erhalten bleiben und nicht auf irgendwelchen Plattformen für ein paar Nächte pro Jahr vermietet werden. Das ist, was diese Motion eigentlich im Grundtenor verlangt. Dazu braucht es eine Registrierungspflicht aller Wohnungen. Das ist eine Erweiterung der Datenbank. Das hilft uns, kostbares Land zu sparen und dass nicht mehr überbaut werden muss. Es gibt einen weiteren guten Punkt: Die Gemeinden haben einen Überblick über den Leerwohnungsbestand und müssen nicht anhand von Inseraten schauen, wie das genau mit dem Leerwohnungsbestand ist. Die Fraktion Grüne stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Präsident. Grossrat Gerber war auch Mitmotionär. Ebenfalls Mitmotionär und nun auch Einzelsprecher ist Grossrat Urs Graf.

Urs Graf, Interlaken (SP). Ich möchte diese Session wirklich nicht unnötig verlängern. Ich finde den Weg, der jetzt vom Regierungsrat beschrieben wird, das als Postulat anzunehmen und sich mit dem GWR vertieft auseinanderzusetzen, dringend nötig. Ich bitte Sie jetzt doch, kurz zuzuhören. Es wäre nämlich auch im Sinn der FDP und im Sinn der SVP. Denn was kann passieren? Das GWR ist sehr, sehr ungenau. Ich weiss von Gemeinden, die Zahlen zu Zweitwohnungen erhalten – 21 Prozent, 18 Prozent, 19 Prozent –, und dann müssen sie reagieren. Dann reagieren sie beispielsweise mit einer Planungszone. Nun wird das ganze Bauverhalten für ein, zwei Jahre blockiert und sie gehen von der Gemeinde aus dahinter und machen eine genaue Abklärung der Situation. Schliesslich kommt raus, dass sie 12 Prozent Zweitwohnungen haben. Ich kann Ihnen Beispiele nennen. Dann hat man die ganze Sache zwei Jahre lang sistiert. Man konnte keine Wohnungen mehr bauen, oder nur mit einem Grundbuchvorbehalt, dass es eine Erstwohnung sei. Dies nur, weil man keine klare Datenlage hat. Deshalb ist der Weg ins GWR zu investieren, den der Regierungsrat beschreitet, der richtige. Ich bitte Sie, über Ihren Schatten zu springen und dieses Postulat anzunehmen.

Präsident. Bevor ich das Wort der Regierungsrätin gebe, ein Hinweis: Ich bitte Sie, wirklich bis zum Schluss zu bleiben. Wir verabschieden uns nach der letzten Abstimmung noch von mehreren sehr langjährigen Ratskollegen. Ich bitte Sie, hierzubleiben. Zuerst gebe ich nun aber das Wort gerne Frau Regierungsrätin Evi Allemann.

Evi Allemann, Direktorin für Inneres und Justiz. Ich kann eigentlich nahtlos an das anschliessen, was Grossrat Graf soeben ausgeführt hat. Wir wollen kein neues Register schaffen. Wenn das die Idee wäre, hätten wir den Vorstoss einfach abgelehnt und hätten auch nicht vorgeschlagen, in Form eines Postulats gross etwas in diese Richtung zu prüfen. Aber es gibt bereits ein Register. Die Tatsache, dass heute Informationen, die nützlich wären, nicht enthalten sind, hat uns dazu gebracht, an dem heute bereits bestehenden Register weiterzuarbeiten und Ihnen in diesem Sinn den Vorstoss als Postulat zur Annahme zu empfehlen. Der Motionär – er hat in ein Postulat gewandelt, deshalb: der Postulant – hat auch andere Themen angesprochen. Ich kann dazu klar festhalten, dass wir im Bereich des klassischen Homesharings keinen Handlungsbedarf sehen. Im Bereich der Kurtaxe, der auch angesprochen ist, ebenfalls nicht. Es ist eine kommunale Geschichte und soll auch eine Gemeindeangelegenheit bleiben. Wir würden also einzig und allein das heute bestehende Register, das sogenannte Gebäude- und Wohnungsregister GWR, mit den Punkten erweitern, die sinnvoll und wertvoll für alle weiteren Arbeiten sind, so wie wir es in der Begründung beschrieben haben. Ich wäre wirklich dankbar, Sie könnten diesen Überlegungen folgen. Im Namen der Regierung empfehle ich Ihnen, dieses Postulat anzunehmen.

Präsident. Wir kommen damit zur allerletzten Beschlussfassung dieser Session. Grossrat Bachmann winkt ab, er will nicht mehr ans Regierungs... ans Rednerpult. Ich bin wohl wirklich langsam müde.

Wir befinden über das Postulat, Traktandum 78, «Registrierung von Vermietern». Wer dieses Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.360; als Postulat)

Vote (2019.RRGR.360; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 62

Nein / Non 76

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben dieses Postulat abgelehnt, mit 76 Nein- gegenüber 62 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Damit sind wir, wie gesagt, am Ende der Geschäftsordnung angelangt. Ich danke Frau Regierungsrätin Allemann und ihren Mitarbeitenden für die Bestreitung ihrer Geschäfte hier. Wir verabschieden uns nun noch von Ratsmitgliedern. Sie sind herzlich eingeladen, zu bleiben, oder wenn Sie gehen müssen, zu verfügen.

Verabschiedung von Mitgliedern des Grossen Rates Hommage à des membres du Grand Conseil démissionnaires

Erich Hess, Bern (SVP)

Präsident. Wir haben uns bereits von Grossrat Erich Hess verabschiedet. Er ist sehr kurzfristig zurückgetreten, per Ende August. Er hat so Herrn Feuz die ganze Session hier ermöglicht. Aber dadurch können wir uns auch nicht persönlich von ihm verabschieden. Ich hätte sicher ein paar Bemerkungen zu Erich machen können. Er ist nicht zuletzt der einzige Parlamentarier, den ich kenne, der sich auf allen drei Staatsebenen versucht oder, in unserem Fall, versucht hat. Ich schicke ihm herzliche Grüsse hier aus der Festhalle hinüber ins Bundeshaus und wünsche ihm weiterhin alles Gute für seine berufliche und politische Zukunft.

Ueli Stähli, Gasel (BDP)

Präsident. Wir kommen zur Verabschiedung von Grossrat Ueli Stähli, BDP, aus Gasel. Diesmal persönlich, mit Anwesenheit. Sein Rücktrittsschreiben hat uns am 24. Juli erreicht. «Demission aus dem Grossen Rat. Sehr geehrter Herr Ratspräsident, sehr geehrte Mitglieder der Parlamentsdienste, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, hiermit gebe ich meinen Rücktritt aus dem bernischen Grossen Rat per 30. September 2020 bekannt. Nach den vielen Jahren im Könizer Parlament und den sieben Jahren hier im Rathaus ist mein politisches Sendungsbewusstsein erschöpft. Der Elan, die Welt zu verändern, lässt nach und verlagert sich auf die kulinarische Ebene im eigenen Gastronomiebetrieb. Als einfacher Bauer und Wirt war die Zeit im Rathaus für mich sehr bereichernd, gab mir Einblicke in die verschiedenen Themengebiete und erweiterte den Horizont. Ich schätzte vor allem die guten Kontakte und Beziehungen mit den Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Parteien. So lernte ich Sichtweisen und Lebensentwürfe kennen, welche den eigenen Standpunkt nicht zum Mass aller Dinge erscheinen lassen. Besonders am Herzen lag und liegt mir die Thematik der Migration, der Völkerwanderung, welche vor dem Kanton Bern nicht Halt macht. Demokratie lebt von der Auseinandersetzung und der Konsensfindung. Dank guter Kameradschaft und gegenseitiger Wertschätzung lässt sich im Kantonsparlament lustvoll streiten, mit Euphorie gewinnen oder auch in Würde scheitern. Ich danke allen für die gemeinsame Zeit und wünsche dem bernischen Parlament, dass weiterhin sachlich, wertschätzend und mit einer Prise Humor politisiert wird. Freundliche Grüsse, Ulrich Stähli.»

Ja, lieber Ueli, ein wunderschönes Demissionsschreiben, das tiefsinnig und doch schmunzelnd ist. Fast so wie du. In den Grossen Rat eingetreten bist du auf die Herbstsession 2013, und jetzt möchtest du eben nach der Herbstsession 2020 gehen. Das tönt für dich persönlich nach einer runden Sache, auch wenn es eine ungerade Zahl Amtsjahre ist. Aber man hat den Eindruck, es stimmt für dich. Die Hauptarbeit im Kommissionswesen hast du in der Bildungskommission, der BiK, geleistet. Seit der Parlamentsreform von 2014 hast du in dieser mitgewirkt. Es zeigt sich auch exemplarisch, wenn man über die Liste der Vorstösse schaut, welche deine Handschrift oder deine Mitschrift zeigen. «Energieholz konsequent nutzen [...]», «Auf Prêles als Rückkehrzentrum [...] verzichten», «Bessere Partizipation [...] beim Tierschutz [...]», «ÖV-Kapazitätsproblem im Raum Bern-Süd-Köniz [...] lösen». Dort hattest du wohl nicht immer genug Platz, nicht wahr? – Spass beiseite. Jetzt habe ich natürlich absichtlich Vorstösse genommen, die nicht aus dem Bildungsbereich kommen. Selbstverständlich hast du auch viele bildungsnahe Themen bearbeitet, wie etwa die «Rückerstattung Gebühren Maturitätsprüfung 2020?» – das ist ganz aktuell –, «Für nachhaltige, günstigere und ökologische Lehrmittel [...]», «Fachhochschulen sind keine Universitäten [...]» oder «Finanzierung Lager und Ausflüge [...]». So durfte ich dich, Ueli, in den letzten Jahren kennen lernen: Offen, interessiert, vielseitig, nachfragend, auch aufgeschlossen, aber auch lustig, fröhlich, ja fast schallend. Manchmal habe ich dich jedenfalls schon von weitem Lachen hören.

Und nun, was tust du nach deiner Demission? Was geht ab? Hier ein paar persönliche, nicht fundierte und schon gar nicht repräsentative Annahmen des Ratspräsidenten: Im Bus von Bern nach Gasel wird in Zukunft wohl etwas weniger politisiert. Das reut vielleicht einige, das freut vielleicht einige. Ich weiss es nicht. Aber es ist wohl etwas ruhiger. Dann ist es sicher so, dass ein paar Stadtberner Wirte einen geschätzten Berufskollegen und vielleicht deshalb auch guten Kunden etwas weniger oft begrüssen dürfen. Du wirst in deinem «Stähli's Rustica» so erfolgreich sein, dass du für die hier in Bern sowieso keine Zeit haben wirst. Noch etwas: Für deinen Nachfolger oder für deine Nachfolgerin – ich weiss es, ehrlich gesagt, gerade nicht auswendig –, für deine Nachfolge wird die Hürde betreffend Humor und Witzen sehr hoch sein. Ich wünsche dir für die Zukunft alles Gute, lieber Ueli. Ich danke dir im Namen des Grossen Rates für deinen Einsatz zugunsten des

Parlaments und des Kantons Bern und der Allgemeinbevölkerung. Mach es gut, Ueli, tschüss. (*Applaus / Applaudissements*) Heute Mittag hat übrigens jemand aus seiner Fraktion, als ich vorbeiging, gesagt, mit Ueli gehe ein politisches Schwergewicht. Ich fand nicht heraus, wie er es meinte. (*Applaus / Applaudissements*)

Roland Näf, Bern (SP)

Präsident. Wir kommen zur Verabschiedung von Roli Roland Näf, SP, aus der Stadt Bern. Hier haben wir ein Rücktrittsschreiben – das ich verlegt habe. – Hier! «Sehr geehrter Herr Grossratspräsident, lieber Stefan, liebes Ratsteam, nach meiner Pensionierung diesen Monat trete ich per 30. September 2020 auch aus dem Grossen Rat zurück. Nach 15 Jahren Kantonspolitik ist es an der Zeit, meinem Nachfolger die Gelegenheit zu geben, im Kantonsparlament mitzuwirken. Gerne blicke ich zurück auf viele interessante Erfahrungen. Möglichst viele Bernerinnen und Berner sollten die Gelegenheit zu einem solchen Einblick erhalten. Er zeigte mir ein sehr gut funktionierendes System von Checks and Balances, welches die Wertschätzung der Bernerinnen und Berner verdient. Es spricht für die Qualität unserer staatlichen Institutionen, dass wir im Grossen Rat manchmal über – in Anführungszeichen – Probleme sprechen, über die uns andere Länder beneiden. Ich danke dir für dein Engagement, und dem Ratsteam für die unentwegte sorgfältige Arbeit zugunsten des Ratsbetriebs. Ich wünsche eine schöne Sommerzeit. Viele Grüsse, Roland Näf.»

Ja, lieber Roland, 15 Jahre im Grossen Rat, da fällt eine Verabschiedung leicht, weil man auf viele hinterlassene Spuren eingehen kann. 15 Jahre im Grossen Rat, da fällt eine Verabschiedung schwer, weil man das grosse geleistete Engagement für unseren Rat fast nicht gebührend verdanken kann. Ich versuche es nun doch. Offiziell eingetreten bist du am 26. Mai 2005. Dieser Eintritt geschah mit einem wahrlich bildungsnahen Hintergrund, und du konntest dich sofort einbringen. Du hast etwa als Kommissionpräsident beim Bericht «Bildungsstrategie 2009» mitgewirkt oder warst auch stark am Schlussbericht zur Regierungsreform von 2008 beteiligt, und – natürlich, möchte man fast sagen – am Volksschulgesetz (VSG), dies 2011 bis 2012. Du hast aber auch andere Pfade betreten: Du warst Mitglied der Finanzkommission. Dies von 2012 bis 2014. Aber nachher kam es eben, nachher trat die Bildungskommission in dein Leben. Seit 2014 gehörst du ihr ununterbrochen an, seit dem 1. Oktober präsidierst du sie. In deiner Amtszeit hast du weit über 50 Vorstösse eingereicht oder mitgeprägt. Viele davon waren bildungspolitisch.

Aber dich jetzt rein auf die BiK oder die Bildung zu reduzieren, würde dir nicht gerecht. Du bist politisch äusserst breit interessiert. Das zeigt sich insbesondere auch in der Rolle, die du innehattest, nämlich in derjenigen als Präsident der SP des Kantons Bern. Du hast dich in dieser Rolle stets pointiert geäussert. Das hast du auch medienwirksam gemacht, und damit hast du Wirkung erzielt. Das zur grossen Freude deiner Partei und zur leicht weniger grossen im Übrigen politischen Lager. Das ist recht so. Eine Parteipräsidentin oder ein Parteipräsident muss parteiisch sein, sonst wäre sie oder er fehl am Platz. Das warst du. Nun also keine Grossrattätigkeit und vielleicht auch keine Parteilichkeit mehr? Ich weiss nicht, ob du das kannst. Deshalb trifft es sich vielleicht gut, dass du künftig verstärkt Partei für deine zweite Heimat ergreifen willst. Die liegt bekanntlich in Spanien. Geniess die kommende Zeit, auch gerade dort. Geniess sie für dich, geniess sie mit deinen Lieben, geniess sie – das habe ich mir sagen lassen – insbesondere am und im Wasser. Sei dir aber bewusst: Als Kitesurfer wirst du dort viel mehr in den Seilen hängen als hier bei uns im Grossen Rat. Ich wünsche dir für deine Zukunft von Herzen alles Gute. Auch dir danke ich bestens für den Einsatz zugunsten unseres Parlaments unseres schönen Kantons Bern und der Allgemeinheit. Mach's gut, Roli, alles Gute! (*Applaus / Applaudissements*)

Damit kommen wir nun wirklich zum Schluss. Diesen möchte ich bestreiten mit einem ganz herzlichen und mehrfachen Dank. Ich möchte zuerst meinen beiden Co-Präsidiern für die tolle Unterstützung und Zusammenarbeit im Team danken. Ich danke den Parlamentsdiensten unter Leitung von Patrick Trees und den Mitarbeitenden von der Staatskanzlei und der Rathausverwaltung, inklusive den Übersetzungs- und Protokolldiensten für den Sondereffort hier an diesem anderen Ort und für manchen zusätzlichen Gang. Herzlich danke ich dem Team der BERNEXPO und den beauftragten Technikfirmen. Sie haben wirklich alles aus dieser Halle herausgeholt. Sie stammt eben aus dem Jahr 1948. Aber Sie haben alles aus dieser Halle herausgeholt, was möglich ist.

Ich danke Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Grossrätinnen und Grossräte, für die an den Tag gelegte Disziplin. Ich danke Ihnen auch für die zwischenzeitliche Gelassenheit und das immer vorhandene Verständnis, so wie ich mir das zum Sessionsbeginn gewünscht habe. Es war ganz, ganz toll. Wir hatten letzte Woche Bürositzung und haben beschlossen, dass die nächste Session wieder hier stattfinden soll. Wir haben das einstimmig beschlossen, bei einer Enthaltung

und einer Abwesenheit. Alternativen, wie beispielsweise der Kursaal, gehen platzmässig schlicht nicht, und wir können nicht ausserhalb von Bern tagen. Wir müssen davon ausgehen, dass bis in zwei Monaten die allgemeine Lage nicht dermassen ändert, dass man einfach so den Sitzungsort hier verlassen kann. Was wir tun werden: Wir werden prüfen, ob man Mikrofone an den Pulten installieren kann, so dass nicht so viel herumgegangen werden muss. Aber, wie gesagt, müssen wir das prüfen lassen. Insbesondere müssen wir es auch offerieren lassen.

Zuerst wünsche ich Ihnen jetzt aber von Herzen Auf Wiedersehen, einen ganz schönen Herbst. Geniessen Sie diesen doch beispielsweise im schönen Wander- und Bikekanton. Ich wünsche Ihnen alles Gute. Wir werden uns gegen Winter wiedersehen. Bleiben Sie gesund, tragen Sie Sorge zu sich, kommen Sie gut nach Hause. Auf Wiedersehen miteinander. (*Applaus / Applaudissements*)

Schluss der Sitzung und der Session um 16.10 Uhr. /

Fin de la séance et de la session à 16 heures 10.

Die Redaktorinnen / Les rédactrices

Corinne Zalka Schweizer (d)

Ursula Ruch (f)